

Die Stelle des stellvertretenden...
An amtlichen Zeitungs-Berichts...
An amtlichen Zeitungs-Berichts...

werden die 6...
Anzeigen...
Erfindet täglich...
Sonntags und Montags...

Landes-Zeitung.

Abendblätter der Zeitungs-Abteilung...
Abendblätter der Zeitungs-Abteilung...

Mr. 71. Halle, Donnerstag, den 12. Februar 1914.

Mb. Preussischer Landtag. Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung, Mittwoch, den 11. Februar.

Vizepräsident Dr. v. Krause eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Min.

Am Ministertische: Kommissare.

Etat des Ministeriums des Innern.

(Zweiter Tag.)

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.) fortfahrend:

Wir waren gestern schon geblieben...
Die Herren sind nicht außer Acht zu lassen...

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.):

Ich möchte Ihnen an Ihrer Tätigkeit...
Die Angelegenheit in bezug auf den...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Konkordie der Abg. Hoffmann...
Interparlamentarischer Volk:

Im Namen und Auftrag des...
Die Angelegenheit in bezug auf den...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

In den Fragen der...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Der Abg. Hoffmann hat sich...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Praktion hat sich bereits vor...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Auf das Neben der...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Die Angelegenheit in bezug auf den...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Die Angelegenheit in bezug auf den...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Die Angelegenheit in bezug auf den...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Die Angelegenheit in bezug auf den...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Die Angelegenheit in bezug auf den...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

Die Angelegenheit in bezug auf den...
Die Angelegenheit in bezug auf den...

geren Ende gerichtet hat. Die Arbeit der Winger allein ist ungenügend. Streuen sollte eine Dornrose zur Verfügung stellen. Von den Beuten der Schwärze profitiert das Vieh zu füttern. Der Weinbau gerät immer heruntergeraten volkswirtschaftlichen Bedeutung häufig gut.

Hr. Hepp (Nat.):

Mit dem Antrag Hepp haben wir zuerst die Abstufung der Winger sehr gut. Wir stimmen daher auch dem Antrag des Vizepräsidenten zu. Wünschenswert sind auch Gesetze zur Bekämpfung der Vienterkrankheiten, der Faulbrut und Rind. In dieser Beziehung ist die Einfuhr lebender Vienter (Schaf) im Auge zu nehmen. Die Vienterkrankheiten sind in Deutschland fast unbekannt, muß erhalten bleiben, um der Weltmarkt das Leben hinsichtlich zu machen. (Beifall und Heiterkeit.)

Ministerialdirektor v. Jonaudres:

Der hochwürdigste Gelehrte hat zur Bekämpfung der Faulbrut der Vienter sich erweitert werden zu einem Gelehrtenkursus zu Bestimmung der Vienterkrankheiten. Er unterliegt sehr komplizierter Behandlung. Wenn er an den Reichstag kommen wird, läßt sich noch nicht sagen.

Hr. Dr. Dahlem (Zentr.):

Die Einzelstaaten berechnen sich an das Reich, und das Reich berechnen sich an die Einzelstaaten. So kann es nicht weiter gehen! Wo soll das arme Weinbaugebiet hinkommen? Es ist jetzt schon in seinem Wohlstand nahezu vernichtet.

Hr. Dr. Baasch (Nat.):

Wir erkennen den guten Willen der Regierung voll und ganz. Aber auf diese Weise können wir nicht weiter. (Sehr richtig!) Was können wir mit den Einzelstaaten. So kann es nicht weiter gehen! Wo soll das Reich hin, die Initiative ergreifen und die Einzelstaaten annehmen, daß sie ihre Selbständigkeit nicht aufgeben wollen. Wir haben das Biologische Institut geschaffen, damit es eine Zentrale bildet, die die anderen vorwärts treibt, um unsere Volkswirtschaft zu nützen. Für den Weinbau besteht eine dringende Notlage. Die meisten Weingüter für ihn haben. Wenn soll gegläubigt vorgehen, kann man man auch etwas erreichen. (Sehr großer Beifall.)

Die beiden Resolutionen werden angenommen.

Das Patentrecht.

Hr. Giesel (Soz.):

Wir müssen die mittellose Erfindung bei der Verwertung ihrer Gedanken unterstützen. Die Angestellten großer Werke haben bisher ihre Erfindungen den Unternehmern überlassen müssen. Sie wurden sowaslang zwangsweise enteignet. Der Vorentwurf des neuen Patentgesetzes macht nur das schädliche Zugewinn, daß der Angestellte für eine solche Erfindung eine Vergütung zu beanspruchen hat. Diese Vergütung würde im wesentlichen alles beim alten lassen und damit unsere künftige Entwicklung hindern. Der Angestellte will einfach seine Erfindung zurückgeben. Hier zeigt sich über überall der Einfluß der Schatzkammer auf die Regierung. Die Aufsicht über die Patentämter ist zu vergrößern.

Hr. Dr. Bell (Zentr.):

Nach gründlichen Beratungen ist der langst erwartete Vorentwurf einer Veränderung des Patentrecht und Gebrauchsmusterrecht sowie des Warenzeichengesetz eingegangen. Die neuen Bestimmungen sind sehr bedeutungsvoll. Antikonzeptionsmittel werden schließlich dem Patentrecht ausgenommen. Das ist sehr wichtig zu begrüßen. (Sehr richtig im Zentrum.) Die Hauptsache ist, daß letzterzeit Mittel nicht in den Verkehr kommen und nicht öffentlich ausgetrieben werden. Das Patentrecht muß einfacher werden. Die Vorarbeiten, eine Umstellung in ein Patentrecht und in ein Warenrecht vorzunehmen, sind erneut zu prüfen. Erfindungserfinder ist das System der Verwertung beibehalten worden. Zu begrüßen ist auch, daß im Falle der Verwertung von Patentrecht durch Dritte Gewalt eine Widerverwertung in den vorliegenden Sinne geregelt werden soll. Eine tiefgreifende Veränderung ist dadurch herbeigeführt worden, daß an die Stelle des Anmelders des Patents der Erfinder tritt. Der bisherige Standpunkt, durch den

Der Erfinder als Urheberrecht behauptet wurde, konnte nicht mehr aufrechterhalten werden. (Sehr richtig!) Auch jetzt werden die Erfindungen nicht mehr durch den Schutz von Erfindungen technische Fortschritt gefördert und eine fruchtbarere Beschäftigung zwischen Erfindung und Wissenschaft, zwischen technischer Praxis und Wirtschaftsberechnungen erzeugt werden. Dem Patentrecht gegenüber gilt der Anmelder als Erfinder. Der Erfinder aber, ein anderer als der Anmelder, hat einen materiellen Anspruch auf den Erfindungsschutz. Ist dem Patentrechtsverfahren entzogen und den ordentlichen Gerichten überwiesen. Die vorgesehene erhebliche Herabsetzung der Patentgebühren betrifft die Wünsche der Allgemeinheit. Ein Bedacht ist auch darauf, daß der Patentrechtliche Verlegung seines Patents in Zukunft nicht mehr geschützt wird. Die Frage der Patentverletzungen muß noch gelöst werden. Die beizuhaltende Frage betrifft die materiellen Erfinderechte der Angestellten. In jeder Hinsicht scheint leider zwischen der Sozialdemokratie und den Vereinen der Angestellten eine sehr unübersichtliche Mißverständnisse zu bestehen. Leider bewegen sich die Forderungen beider Gruppen auf sehr abstoßendem Gebiete. Der Entwurf löst einen Ausgleich herbeizuführen. Grundsätzlich weiß er die Erfindung dem Angestellten zu. Aber eine außerordentlich weitgehende Ausnahme ist dadurch gegeben, daß die Erfindung dem dem Unternehmer zugeht, wenn sie ihrer Art nach im Bereiche der Aufgaben des Unternehmens liegt, und wenn die Tätigkeit, die zu der Erfindung geführt hat, zu den Obliegenheiten der Angestellten gehört. Die Ausnahme sollte fortgesetzt formuliert werden. Nebenbei ist hervorzuheben, daß die Angestellten, die Erfindungen der Unternehmer werden, werden, aber auch die Angestellten kommen zu kurz. Dem Unternehmer sollte die Erfindung des Angestellten ohne Vergütung zugehen, wenn der Angestellte in einer Erfindungsbearbeitung angestellt ist, wenn er in einer Konstruktionsabteilung als Chef, verantwortlich Sachverständiger, Ingenieur, Konstrukteur und wenn die Erfindung einer bestimmten Aufgabe zugehört ist und die Erfindung in den Kreis der gestellten Aufgabe fällt. Im übrigen bringt der Entwurf wesentliche Verbesserungen zu Gunsten der Angestellten. Die Bestimmungen über die Vergütung müssen umgestaltet werden. Es ist besonders wichtig, die Vergütung des Erfinders im Unternehmen zu stellen. Wenn der Entwurf erheblich verbessert wird, kann nicht ohne Hoffnung die Erfindung der Fortschritt die Wege bahnen und der ethischen Arbeit zu ihrem gerechten Lohn verhelfen. (Beifall.)

Vizepräsident Dove:

In dieser Zeit des Senographenretzes bitte ich die Herren, sich wesentlich kürzer zu fassen. (Beifall und Heiterkeit.)

Hr. Dr. Böhmer (Nat.):

Der Vorentwurf zur Neuregelung des Patentrechts bringt zweifellos manche technische Verbesserungen, die wir alle begrüßen. Wir wollen hoffen, daß sie nicht aus der Fassung herausgenommen, sondern mit sozialen Vorüberlegungen zusammen beraten und beschließen werden. Die sozialen Angelegenheiten können sonst leicht auf die nächste Seite fallen. Das Prinzip unserer sozialen Gesetzgebung ist, die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung der Angestellten und Arbeiter. Aber die Sozialpolitik kann nur bestehen auf der Grundlage der Prosperität der Unternehmungen. Anzuerkennen ist, daß der Vorentwurf nach der sozialen Seite viel Besseres enthält.

Wichtig ist die Wünsche der Angestellten über das Ziel hinaus, und die Industrie hat, daß in die ganz unentgeltliche Frage des generellen Widerstands der Gegenstand zu ziehen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einbezogen werden ist. Die sozialen Gesichtspunkte des Vorentwurfs können manchen dieser Gesichtspunkte mildern. Die Erfindungen, die in den großen Werken gemacht werden, kann die Industrie in ihrer Gesamtheit nicht erfinden. Durch Verbesserung des Patentrechts hat die Industrie und eine Vielzahl von kleinen und mittleren Erfindern können, die höchsten gegen 36 Millionen. Das Patentrecht ist überläßt. Auch das Patentrecht sollte seiner Entlastung beitragen. Das Verfahren des Patentrechts wäre zu vereinfachen. Im ganzen aber können wir mit dem Entwurf, nur dann für seine Arbeit ausfinden und zugleich den Wunsch, daß die sozialen Bestimmungen, die in dem Vorentwurf folgen, durch die Regierung beibehalten und die verdient Anerkennung finden. (Beifall.)

Wir würden uns nicht wundern, wenn er nun schnell Karriere macht.

Parteinachrichten.

Preßstimmen zur Nachwahl in Jerichow.

Der „Vokal-Anzeiger“ schreibt: Wer die Struktur der Wahlkreise Jerichow I und II kennt, konnte kaum erwarten, daß die Stimmen für den freiständigen Kobelt zunehmen würden. Für Werten, den ehemaligen Kandidaten der fortschrittlichen Volkspartei, hatten sich, da er Lehrt in Berlin gelebt, für Kobelt (ehemals Reichsminister) konnte das Interesse nicht so groß sein. Der Eile wohnt in ein wohlhabender Bauerndom, der es nicht wahr haben wollte, daß ein Reichsminister ein besonders geeigneter Vertreter seiner Interessen sei. Martin Schiele in Gadowe, der konservative Kandidat mit dem melobischen Tonfall, ist Landwirt und Eingeborener der Jerichower Lande.

Das „Berl. Tagebl.“: In den Städten ist ein deutliches Abschwächen der Nationalliberalen nach rechts hin feststellbar. Auch in Jerichow waren altliberale Querstreiber zu verzeichnen. Gewisse Magdeburger Einflüsse vermochten sogar jede rebernerische Unterlegung der Kandidatur Kobelt durch nationalliberale Abgeordnete zu hintertreiben.

Die die Sozialdemokratie wider alle Erwartungen, die man allgemein im Wahlkreise hegte, ihren Stimmenbestand nahezu zu behaupten vermochte, zeigt am deutlichsten, daß ein politischer Umwälzung in der Wählererschaft nicht stattgefunden hat. Der Liberalismus muß daraus die Lehre ziehen, durch eine straffe Organisation seine Wähler ebenjo politisch zu sehtigen, wie das die Sozialdemokratie tut.

Für die enge Verbindung, die natürlich auch in Jerichow zwischen dem konservativen Hauptquartier und dem amtlichen Apparat bestand, ist es charakteristisch, daß der konservative Kandidat Schiele bereits am Abend vor der Hauptwahl in einer Verammlung in Burg den Stichwahltermin mitteilen konnte.

Ausland.

Das deutsch-französische Bagdadbahn-Abkommen.

Die deutsch-französische Verhandlung über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessen in Kleinasien, die seit einigen Monaten in Berlin geführt werden, stehen, wie der „Matin“ aus Berlin meldet, vor dem Abschluß. Bereits in den nächsten zehn Tagen soll die Veröffentlichung des Abkommens zu erwarten sein. — Ueber folgende drei Punkte soll bereits eine vollkommene Einigung erzielt worden sein: 1. Frankreich verzichtet vollkommen auf eine Beteil-

Ministerialdirektor v. Jonaudres:

Die harten Gegenfälle, die sich in beteiligten Gewerkschaften, der Großindustrie und den in ihr angestellten Ingenieuren, geäußert haben, lassen es sehr wahrscheinlich erscheinen, daß außer dem diesen beiden gegenüberliegenden Gruppen ein dritter Seite in der mittelbaren Weise die Unannehmlichkeiten beizubringen wird. Ohne auf die Einzelheiten eingehen, halte ich es doch für jedenfalls sehr dankenswert, daß die Stellung des Reiches aus der letzteren mündigen Frage auf diese Weise bekannt gemacht werden ist. Wir werden die vorgebrachten Einzelheiten bei der weiteren Behandlung der Unannehmlichkeiten beachten, und hoffen, daß die sehr harten Gegenfälle sich ausgleichen werden. Im nächsten Winter denken wir dann dem Entwurf endgültig eingutachten.

Der Ministerialdirektor über die Patentagenten sollte die Behörden in die Lage setzen gegen das Unwesen, das sich auf diesem Gebiete breit macht, vorzugehen, und andererseits den beteiligten Kreisen die nötigen Belehrungen vorzubringen. Gebieten Gebieten. Gebieten muß gelang werden, daß in diesen Kreisen ein großes Maß von Agitationen stattfinden. Es handelt sich dabei um die Patentämter. Der Versuch, daß der Präsident des Patentamts seine Befugnisse, solche Personen, die ohne Patentamt zu sein, die Verwertung von Patenten gemeinschaftlich ausüben, von der Vertretung zurückzuziehen, mißbräuchlich zu machen, lassen es sehr wahrscheinlich sein, daß die Patentämter nicht vollkommen sein. Seine Grundzüge sind aber nicht gegeben, die Vollmachten des Präsidenten sind unbestimmt. In seinem Falle wird er ohne genügende Befugnis um Veranlassung von diesen Befugnissen Gebrauch machen und eine solche Zurückziehung verweigern.

Das Reichsversicherungsamt.

Zur Verlegung steht zugleich die Dienstzeit über die Rücklagen bei den Berufsvereinigungen.

Hr. Bauer (Soz.):

Wir haben kein Interesse daran, in den Streit um die Bedingungen der Berufsvereinigungen eingegriffen zu werden und an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern. Wir beharren die schärfste Haltung des Reichsversicherungsamts bei der Einhebung der Beiträge, ob alle Umstände im Betrieb einschlagend berücksichtigt sind. Beiträge oder Vergütung durch Nichtleistung nach dem Vertriebe wurden als Ursache des täglichen Lebens bezeichnet und als nicht entzündungsfähig erachtet. Das wird aber nicht dem Sinne des Gesetzes.

Die Konventionen benutzen jede Gelegenheit, um die Zustimmung der Bevölkerung gegen die sozialen Versicherungsregeln zu führen. Nur so erklären sich die Bestrebungen der Konventionen, die Reichsversicherungsamt auszulagern. Dabei haben aber gerade diese Kreise, die sich immer als Mittelstandsbreiter geben, die Reichsversicherungsamt auszulagern und die Mittelstandsbreiter, indem sie den Großbetrieblern erhöhen Einfluß in den Angelegenheiten erkaufen. Die Dienstverhältnisse sind hoch zu halten, die Reichsversicherungsamt hat einen anderen Wert zeigen können als den der Dienstverhältnisse.

Wenn der Handelminister Endow das Gegenteil behauptet, so kennt er die Verhältnisse nicht. Die preussische Regierung geht darauf aus, das Selbstverwaltungsrecht der Kantonsverwaltungen zu schwächen und den Kantonsverwaltungen die Kammer über den Betrieb zu übertragen. Die preussische Regierung ist die Kammer. Der Rechner spricht von Gesetzesverletzungen und ungesetzlichen Anordnungen der preussischen Regierung und wird zur Ordnung gerufen. Die preussischen Kantons, die bestmögliche eine fallolische Einlegung gegen das Wahlen haben, erschweren die Wahlen zu den Kantonsverwaltungen auf jede Weise.

Die preussischen Kantons, das ist der Zweck der Lösung. Die alte preussische Verwaltungspraxis! Der Zentral- und Niederbauamt geht mit Wichtigkeit über gesetzliche Bestimmungen und Ministerialerlasse hinaus. Der preussische Zentralamt herrscht bei den Wahlen zu den Kantonsverwaltungen. Die preussische Regierung ist die Kammer. Der Rechner spricht von Gesetzesverletzungen und ungesetzlichen Anordnungen der preussischen Regierung und wird zur Ordnung gerufen. Die preussischen Kantons, die bestmögliche eine fallolische Einlegung gegen das Wahlen haben, erschweren die Wahlen zu den Kantonsverwaltungen auf jede Weise.

Dormstern 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß nach 7 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages legte die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Martin (Ap. 3. Breslau-Groß-Warenburg-Deis) fort und beschloß, die Wahl für gültig zu erklären. Die Kommission trat dann in die Prüfung der Wahl des Abgeordneten v. Hensbrandt und der Daja (sonst, 2. Breslau-Wallisch-Trebnitz) ein und beschloß die Gültigkeitserklärung.

Das Spionagegesetz. Die 19. Kommission des Reichstages für das Spionagegesetz nahm Mittwoch den Abschluß 1 des 8 in folgender Fassung an: „Wer vorzüglich ein militärisches Geheimnis an einen anderen gelangen läßt, und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren, bei milderen Umständen mit Gefängnis von einem bis fünf (die Vorlage sagt sechs) Jahren bestraft. Hingugefügt wurde entsprechend einem Zentrumsantrag folgende Bestimmung: „Ebenso wird bestraft, wer vorzüglich eine Nachricht, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, an eine ausländische Regierung oder eine Person, die im Interesse einer ausländischen Regierung tätig ist, gelangen läßt und dadurch die Sicherheit des Reiches gefährdet.“

Ein Kolonial-Denkmal. Dem Reichstage ist vom Staatssekretär Dr. Solf eine Denkschrift über die Kolonialverwaltung der europäischen Staaten vorgelegt worden.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat für Baumwollkultur. In der gestrigen Sitzung des Deutschen Landwirtschaftsrats wurde bezüglich der Baumwollverwertung Deutschlands nach Empfehlung des Staatssekretärs Dr. Solf beschlossen, dem Reichstagsrat zu empfehlen, alle geeigneten erscheinenden Maßnahmen zur Förderung der Baumwollkultur zu ergreifen. Insbesondere empfiehlt der Deutsche Landwirtschaftsrat, die in den Etat des Reichscolonialamts für 1914 erstmalig festgestellten 150 000 Mark für die Förderung der Baumwollkultur in den deutschen Schutzgebieten im Etat für 1915 auf 200 000 Mark und für die weiteren Jahre auf die gleiche Summe zu erhöhen.

Die „Aja“ des Vorstehenden der egyptischen Leute. Das Hannover meldet uns ein Privattelegramm: Die Landesversammlung hat in ihrer letzten Vollversammlung einstimmig eine Resolution gefaßt, in welcher dem Syndikus Dr. Rodde die Abfertigung ausgesprochen wird, daß er seine Zeit und Kraft auf eine Tätigkeit verwenden, die die Erfüllung seiner umfangreichen dienstlichen Aufgaben beeinträchtigen würde. Die Beschäftigung Rodde für den Preußensyndikus wurde in der Handelskammer sowie bei den Angehörigen von Sandel und „Aja“ des Landesamtsbezirks Hannover allgemein anerkannt. — Willst du das dem Vorstehenden des Preußensyndikus nur eine willkommene Gelegenheit, seinen Platz zu

Halle und Umgebung.

12. Februar.

Die erste „Parfial“-Festvorstellung.

1. Die erste „Parfial“-Vorstellung, die seit langem in Halle das Tagesgespräch bildet, fand gestern Abend vor einem ausverkauften, festlich gestimmten Hause statt. Die ersten Kreise unserer Stadt hatten sich eingefunden. Doch auch viele Kunstfreunde aus Leipzig, Magdeburg, Erfurt, Dessau, Weimar, ja selbst aus Berlin hatten die Gelegenheit wahrzunehmen, zur ersten Aufführung von Wagners Meisteroper in die Saalkapell zu kommen. Die festliche Beleuchtung, die großen Toiletten der Damen, die schwarzen Gesellschaftsroben der Herren und die Uniformen gaben ein imposantes Bild. Die Vorstellung selbst entsprach den künftigen Erwartungen. Kapellmeister Hans Hermann Wegler hatte nach Wagner'scher Muster gearbeitet. Er begeisterte sein Orchester zu Zusammenklängen und Tempernancen, die auch den Kennern Wagner'sche Bewunderung ablocken. Professor Frahm-Dessau hatte Bilder von erhabener Farbenreue entworfen. Gebrüder Richards und Oberregisseur Raden schufen in der Regie Kautzer'stätigkeit. Die Götter, Walter Richards, Walter Soomer und Maria Leffler'stätigkeit, waren mit ganzem Herzen bei der Sache. Doch auch die hallischen Kräfte, voran Kammerjäger Schwarz und van Horst, zeigten sich als vollwertige Künstler. Das Publikum folgte ergötzt der besten Vorstellung bis zum Schluß.

